Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1753

03. 02. 88

Antrag

der Fraktion der SPD

Lage im südlichen Afrika

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Angesichts der immer noch krisenhaften Lage im südlichen Afrika stellt der Deutsche Bundestag fest:

   Das System der Apartheid in Südafrika ist die Ursache der Spannungen und der Gewalt in der gesamten Region. Nur die bedingungslose Abschaffung dieses Systems wird die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung im südlichen Afrika schaffen. Reformen innerhalb des Apartheid-Systems können das Problem nicht lösen.

2. Zur Überwindung der Konflikte im südlichen Afrika hält der Deutsche Bundestag folgende Forderungen für unverzichtbar:

   — Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Südafrika, die Beendigung polizeilicher Willkürmaßnahmen, die Freilassung aller politischen Gefangenen einschließlich Nelson Mandelas, die Aufhebung des Verbots politischer Organisationen der schwarzen Bevölkerung und die Herstellung völliger politischer Gleichberechtigung auf der Basis eines freien, gleichen und allgemeinen Wahlrechts sowie die Abschaffung aller Rassendiskriminierungen im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich;

   — die Beendigung der Destabilisierungspolitik Südafrikas gegenüber seinen Nachbarstaaten und die Respektierung der Souveränität und der territorialen Integrität aller Staaten in der Region;

   — die Herbeiführung der Unabhängigkeit Namibias auf der Grundlage der Sicherheitsrats-Resolutionen 435 und 602. Daraus ergibt sich, daß die von Südafrika eingesetzte Übergangsregierung in Namibia null und nichtig ist, daß es keine wie auch immer geartete staatliche Zusammenarbeit mit dieser Regierung geben darf und daß die südafrikanischen Truppen sich aus Namibia und aus Angola zurückziehen müssen;

   — das Homeland-Konzept muß ersatzlos aufgegeben werden. Die sogenannten Homelands sind ein Kernstück der Apart-

heidspolitik. Ihre Anerkennung als souveräne Staaten kommt nicht in Betracht;

— die besonders schwierige und gefährliche Lage in Mosambik kann nur durch die Beendigung der Bürgerkriegssituation gemeistert werden. Jede direkte oder indirekte Unterstützung der Rebellenorganisation RENAMO aus Südafrika oder aus anderen Staaten muß unterbleiben;

— die von Südafrika destabilisierten Staaten der Region benötigen politische Unterstützung und wirtschaftliche Hilfe, um von südafrikanischen Pressionsversuchen unabhängig zu werden.

3. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Beschlüsse der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Südafrika und fordert die Bundesregierung auf, für die strikte Durchführung dieser Beschlüsse zu sorgen. Er bekräftigt das Rüstungsembargo der Vereinten Nationen und fordert die Bundesregierung zur strengsten Überwachung der entsprechenden Ausfuhrverbote auf. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung zu verstärkten Bemühungen zur Überwindung der Apartheid im Rahmen des Sonderprogramms „Südliches Afrika" auf.

Bonn, den 3. Februar 1988

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333